

N i e d e r s c h r i f t

HFA/011/2015

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine
am 24.11.2015**

Die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Dr. Peter Lüttmann

Bürgermeister

Mitglieder:

Herr Udo Bonk	CDU	Ratsmitglied
Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied
Herr Detlef Brunsch	FDP	Ratsmitglied
Herr Markus Doerenkamp	CDU	Ratsmitglied
Frau Annette Floyd-Wenke	DIE LINKE	Ratsmitglied
Herr Dieter Fühner	CDU	Ratsmitglied
Herr Stefan Gude	CDU	Ratsmitglied
Herr Andree Hachmann	CDU	Ratsmitglied
Frau Gabriele Leskow	SPD	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	Alternative für Rheine	Ratsmitglied
Frau Birgitt Overesch	CDU	Ratsmitglied
Herr Kurt Radau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Michael Reiske	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Herr Jürgen Roscher	SPD	Ratsmitglied
Herr Detlef Weßling	SPD	Ratsmitglied

Vertreter:

Herr Gerhard Cosse	SPD	Vertretung für Frau Ulrike Stockel
Herr Dr. Manfred Konietzko	CDU	Vertretung für Herrn Norbert Kahle
Herr Fabian Lenz	CDU	Vertretung für Herrn Christian Kaisal
Herr Josef Wilp	CDU	Vertretung für Herrn Paul Jansen

Verwaltung:

Herr Mathias Krümpel		Erster Beigeordneter und Stadtkämmerer
Frau Christine Karasch		Beigeordnete
Herr Jürgen Grimberg		Fachbereichsleiter FB 7
Frau Wiebke Gehrke		Pressesprecherin
Herr Raimund Gausmann		Fachbereichsleiter FB 2
Herr Jürgen Wullkotte		Fachbereichsleiter FB 4
Frau Julia Seebeck		Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Paul Jansen	CDU	Ratsmitglied
Herr Norbert Kahle	CDU	Ratsmitglied
Herr Christian Kaisal	CDU	Ratsmitglied
Frau Ulrike Stockel	SPD	Ratsmitglied

Herr Dr. Lüttmann eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 10 über die öffentliche Sitzung am 20.10.2015

0:00:26

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 20.10.2015 gefassten Beschlüsse

0:00:45

Herr Dr. Lüttmann berichtet, dass die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses ausgeführt worden seien. Ein besonderer Bericht zu den Anfragen und Anregungen sei nicht erforderlich, da die Verwaltung hierzu bereits in der Sitzung ausführlich Stellung genommen habe.

3. Informationen der Verwaltung

3.1. Antrag zur Verbesserung der Infrastruktur für Fahrradfahrer in Rheine, Antrag der Fraktionen CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

0:01:01

Herr Dr. Lüttmann informiert über folgenden Antrag der Fraktionen CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Antrag zur Verbesserung der Infrastruktur für Fahrradfahrer in Rheine

Sehr geehrter Herr Dr. Lüttmann,

die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die GRÜNEN stellen folgende zwei Anträge bzw. regen folgende Umsetzungen an:

1. Wir regen die Bestellung einer/eines Beauftragten für den Radverkehr in Rheine in der Verwaltung an. Es soll keine neue Stelle geschaffen werden, sondern eine bereits bestehende Stelle soll mit dieser Aufgabe betraut werden. Als organisatorische Zuordnung regen wir die Anbindung an die Leitstelle „Klimaschutz“ an.

Zusätzlich soll als ehrenamtlicher Beauftragter für den Radverkehr Herr Engelbert Nagelschmidt durch den Rat bestellt werden.

Beide Beauftragte sollen als Team arbeiten. Die Bürger sollen sich mit Anregungen und Wünschen bezüglich des Radverkehrs in Rheine an die Beauftragten wenden können.

2. Der Fernradweg Rheine-Steinfurt-Coesfeld wird immer stärker nachgefragt. Er endet / beginnt an der Hauenhorster Straße. Es fehlt die Anbindung an die Innenstadt. Wir beantragen, darzulegen, wie diese Lücke geschlossen werden kann.

Die Ausschussmitglieder sind mit der Empfehlung des Bürgermeisters, den Antrag an den Bauausschuss zu verweisen, einverstanden.

3.2. Antrag zur Erstellung eines Grünflächenkatasters, Antrag der SPD-Fraktion

0:01:23

Herr Dr. Lüttmann informiert über folgenden Antrag der SPD-Fraktion:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die SPD-Fraktion beantragt ein Grünflächenkataster für die Stadt Rheine zu erstellen.

Begründung:

Ein Grünflächenkataster verwaltet und schreibt den Bestand meist kommunaler Grünflächen fest. Es werden lagegenaue Standorte erfasst und Pflegemaßnahmen vereinbart, um unter anderem die Verkehrssicherheit zu gewährleisten.

Grünflächen in städtischen Anlagen, an Straßen, Sportplätzen, Kitas und Schulen sind von erheblicher Bedeutung für die Umwelt, jedoch auch für die Lebensqualität einer Stadt.

Die SPD-Fraktion sieht in einem Grünflächenkataster für Rheine eine Grundlage für eine nachhaltige Stadtentwicklung mit einem hohen naturverbundenen Wohnwert in unserer Stadt.

Die Ausschussmitglieder sind mit der Empfehlung des Bürgermeisters, den Antrag an den Verwaltungsrat der Technischen Betriebe zu verweisen, einverstanden.

4. 7. Änderungssatzung zur Satzung über die Umlegung des Unterhaltungsaufwandes für fließende Gewässer in der Stadt Rheine - Unterhaltungssatzung Fließgewässer - Vorlage: 453/15

0:01:42

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Rheine beschließt die nachstehende 7. Änderungssatzung zur Satzung über die Umlegung des Unterhaltungsaufwandes für fließende Gewässer in der Stadt Rheine - Unterhaltungssatzung Fließgewässer -.

**7. Änderungssatzung zur
Satzung über die Umlegung des Unterhaltungsaufwandes
für fließende Gewässer in der Stadt Rheine
- Unterhaltungssatzung Fließgewässer -
vom ____ . Dezember 2015**

Die Bezeichnung der männlichen Form (z. B. der Eigentümer) gilt gleichermaßen für die weibliche Form.

Aufgrund der

- §§ 7 Abs. 1 und 41 Abs. 1 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. 1994, S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Juni 2015 (GV. NRW. 2015, S. 496),
- §§ 91 und 92 des Wassergesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 25. Juni 1995 (GV. NRW. 1995, S. 926), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11. Dezember 2007 (GV. NRW. 2007, S. 708),
- §§ 6 und 7 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG) vom 21. Oktober 1969 (GV. NRW. 1969, S. 712), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. September 2015 (GV. NRW. 2015, S. 666)

hat der Rat der Stadt Rheine durch Beschluss vom 15. Dezember 2015 die 7. Änderungssatzung zur Satzung über die Umlegung des Unterhaltungsaufwandes für fließende Gewässer in der Stadt Rheine – Unterhaltungssatzung Fließgewässer – vom 18. Dezember 2008 beschlossen.

In § 2 „Unterhaltungsaufwand“ erfolgt in der Auflistung der Umlagebeträge der Unterhaltungsverbände nachstehende Änderung:

Altenrheine	20,50 €/ha,
Bevergerner Aa	16,00 €/ha,
Elte	12,00 €/ha,
Frischhofsbach	16,00 €/ha,
Hemelter Bach	17,00 €/ha,
Hörsteler Aa	12,00 €/ha,
Hummertsbach	8,00 €/ha,
Landersum/Bentlage	20,00 €/ha,
Saerbeck	11,00 €/ha,
Wambach	25,00 €/ha.

In § 7 „Inkrafttreten“ wird folgender Satz angefügt:

Die 7. Änderungssatzung tritt zum 1. Januar 2016 in Kraft.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**5. Einführung einer Nachhaltigkeitssatzung
- Antrag der FDP-Fraktion vom 08.09.2015 an den Rat
Vorlage: 450/15**

0:02:12

Herr Brunsch erklärt, dass die FDP-Fraktion bereit sei, über einen zeitlichen Horizont zu reden, aber grundsätzlich gerne mit den Maßnahmen anfangen möchte und die Nachhaltigkeitssatzung schnellstmöglich eingebracht haben möchte.

Herr Ortel teilt mit, dass die AfR-Fraktion den Antrag der FDP-Fraktion unterstütze und gegen den Beschlussvorschlag der Verwaltung stimmen werde. Herr Ortel merkt an, dass er durchaus damit einverstanden sei, das Ziel in kleineren Schritten zu erreichen. Eine 10-%-Schrittfolge wäre vorstellbar.

Herr Hachmann erläutert, dass die Zielrichtung richtig sei, die CDU-Fraktion aber dem Antrag der FDP-Fraktion nicht folgen, sondern dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen werde. Man werde durch die Nachhaltigkeitssatzung zu stark gebunden.

Herr Reiske schließt sich der Aussage von Herrn Hachmann an. Der Haushalt müsse in Zukunft politisch wirksam gesteuert werden. Er müsse nicht nur für ein Jahr, sondern durchaus für einen längeren Zeitraum beraten werden.

Herr Reiske regt an, einen Referenten zum Thema „Steuerung des kommunalen Haushaltes“ im Haupt- und Finanzausschuss, Rat oder in einem entsprechendem Gremium vortragen zu lassen.

Herr Brunsch merkt an, dass im Antrag darauf hingewiesen worden sei, dass bei einer extremen Haushaltslage von der Nachhaltigkeitssatzung abgewichen werden könne.

Herr Ortel macht deutlich, dass die Ablehnungsbegründung der Verwaltung nicht überzeuge. Der Antrag der FDP-Fraktion impliziere all die Bemühungen, die angestoßen worden seien, und konterkariere sie nicht. Die Einführung einer Nachhaltigkeitssatzung sei eine Sicherheitsmaßnahme, um vermeintliche Notwendigkeiten ein Stück weit auszubremsen.

Herr Dr. Lüttmann informiert, dass es zurzeit noch einige Unbekannte in der Haushaltsplanung, insbesondere im Sozialbereich, gebe.

Frau Floyd-Wenke bezieht sich auf den Punkt 2 der Begründung des Antrages der FDP-Fraktion und weist ausdrücklich darauf hin, dass die Fraktion DIE LINKE keine Generationengerechtigkeit gefordert habe. Frau Floyd-Wenke hält fest, dass man jegliche Innovation stoppe, wenn man einen Tempomaten in demokratische Entscheidungen einbaue.

Herr Roscher merkt an, dass die Ursache für die Haushaltslage nicht im mangelnden Sparwillen des Rates oder der Verwaltung zu suchen sei. Die Ursache sei in sehr großem Maße bei den Pflichtaufgaben, den explodierenden Sozialkosten, zu suchen. Herr Roscher teilt mit, dass die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag der Verwaltung folgen werde.

Herr Wilp bezieht sich auf die Aussage von Frau Floyd-Wenke und teilt mit, dass Generationengerechtigkeit wichtig sei. Dass ein besseres Ergebnis erzielt werden müsse sei in Ordnung, jedoch seien die im Antrag genannten Prozente zu formal.

Herr Gude hält fest, dass der Antrag davon ausgehe, dass keine ernsthaften Sparmaßnahmen getroffen werden. Das sei jedoch nicht der Fall. Ein Tempomat könne auch dazu führen, dass man ohne Kontrolle gegen die Wand fahre. Eine Nachhaltigkeitssatzung lasse keine Gestaltungsmöglichkeiten. Herr Gude macht deutlich, dass Ausgaben reduziert und Erträge generiert werden müssen.

Herr Krümpel teilt mit, dass die Zielsetzung grundsätzlich richtig sei. Der Haushaltsausgleich sei ein gesetzlich vorgegebenes Ziel, welches erreicht werden müsse. Zuerst sollte jedoch der Aufwand reduziert werden, erst dann sollte man über eine Nachhaltigkeitssatzung nachdenken.

Herr Ortel schlägt vor, über die Punkte 1 und 2 des Beschlussvorschlages getrennt abzustimmen.

Beschluss:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss lehnt den Antrag der FDP-Fraktion zur Einführung einer Nachhaltigkeitssatzung für die Jahre 2016 und 2017 ab.

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen
 2 Nein-Stimmen

2. Die Verwaltung wird beauftragt, in 2017 eine erneute Beratungsvorlage zu erstellen.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen
 10 Nein-Stimmen

**6. Berichterstattung Fachbereich 3 - Recht und Ordnung zum
Maßnahmenbündel "10 Millionen in 10 Jahren"
Vorlage: 449/15**

0:41:14

Herr Dr. Lüttmann weist darauf hin, dass unter Nummer B.II.1.5 - Platzgebühren fälschlicherweise auf § 66 KAG NRW verwiesen wurde. Hier sei § 6 KAG NRW gemeint.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Stellungnahme des Fachbereichs 3 zum Antrag "10 Millionen in 10 Jahren - Haushaltsmaßnahmen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN" zur Kenntnis.

**7. Berichtswesen 2015, Stichtag 31. Oktober 2015, Fachbereich 3
– Recht und Ordnung
Vorlage: 429/15**

0:41:44

Herr Bonk bezieht sich auf die Zeile 26 im Finanzplan „Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen“ unter dem Projekt 3301-19 „Beschaffung einer Drehleiter“ und fragt an, ob nach der Anschaffung einer neuen Drehleiter die alte Drehleiter verkauft werde und es dazu dann eine Einnahmeposition geben werde.

Herr Krümpel informiert, dass es auch eine Einzahlungsposition geben werde. Die Verwaltung plane den Verkauf der Drehleiter, aber nicht vor 2017.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 3 – Recht und Ordnung – mit dem Stand der Daten zum 31. Oktober 2015 zur Kenntnis.

**8. Beratung Stellenplan 2016, Fachbereich 3 - Recht und Ordnung
Vorlage: 442/15**

0:43:59

Herr Hachmann bezieht sich auf alle Vorlagen zum Stellenplan und weist darauf hin, dass man sich vorbehalte noch Änderungen vorzunehmen, bis der Haushalt endgültig beschlossen werde.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, den als Anlage der Vorlage beigefügten Stellenplan des Fachbereiches 3 – Recht und Ordnung in den endgültigen Gesamtstellenplan der Stadt Rheine für das Jahr 2016 zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**9. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2016 - 2019 Fachbereich 3 - Recht und Ordnung
Vorlage: 433/15**

0:45:15

Herr Reiske teilt mit, dass die Zeit der Beratungen sehr kurz sei und man sich daher bis zur Verabschiedung des Haushaltes noch vorbehalte, Änderungen vorzunehmen.

Herr Ortel und Herr Roscher merken an, dass sie sich der Aussage anschließen.

Herr Krümpel weist darauf hin, Änderungen bitte bis zur letzten Haupt- und Finanzausschusssitzung vor der Verabschiedung des Haushaltes bekannt zu geben, weil die Satzung in der Ratssitzung verabschiedet werden müsse.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Fachbereichs Recht und Ordnung unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**10. Berichtswesen 2015, Stichtag 31. Oktober 2015, Fachbereich 4 - Finanzen, Wohn- und Grundstücksmanagement
Vorlage: 362/15**

0:49:21

Herr Wullkotte bezieht sich auf die große Abweichung bei den sonstigen ordentlichen Erträgen. Er erklärt, dass die Stadt Rheine Eigentümerin von 17 Grundstücken im Wohnpark Dutum-Teil II war. Im letzten Jahr habe man für die Haushaltsplanung die Verkaufspreise und die Verkaufszeitpunkte für die städtischen Grundstücke kalkuliert. Hierbei sei man, ausgehend von den bisherigen Erfahrungen, davon ausgegangen, dass alle Grundstücke verkauft werden und dass diese Verkäufe in den Jahren 2015 und 2016 erfolgen. Jetzt habe sich herausgestellt, dass die für 2015 kalkulierten Einzahlungen und Erträge nicht realisiert werden können. Dieses habe zwei wesentliche Gründe. Zum einen habe man entschieden, um auf Bedarfe für Flüchtlingsunterkünfte reagieren zu können, 3 Grundstücke vorerst nicht zu verkaufen. Zum anderen können die vorliegenden Kaufanfragen aus verschiedenen Gründen, insbesondere durch die Bearbeitungszeit bei Förderungen durch Banken, nicht so schnell umgesetzt werden, sodass es zu einer Verschiebung von 2015 nach 2016 komme.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 4 – Finanzen, Wohn- und Grundstücksmanagement – mit dem Stand der Daten zum 31. Oktober 2015 zur Kenntnis.

**11. Gewerbesteuerprüfer - Ausweitung des Stellenplans - Antrag der Fraktion DIE LINKE
Vorlage: 361/15**

0:51:22

Frau Floyd-Wenke informiert, dass die Fraktion DIE LINKE mit dem Antrag zur Einrichtung der Stelle eines Gewerbesteuerprüfers die Intention verfolge, dass geprüft werde, ob in Rheine das Verfahren zur Splittung des Gewerbesteueraufkommens ordnungsgemäß erfolge bzw. auch in den vergangenen Jahren ordnungsgemäß erfolgt sei. Frau Floyd-Wenke berichtet, dass andere Kommunen ihren Haushalt mit dieser Maßnahme sehr erfolgreich verbessern konnten. Auch

wenn in Rheine von den 530 Zerlegungsbetrieben 413 ihren Sitz außerhalb von Rheine haben, können diese, entgegen der dargelegten Annahme, geprüft werden, sofern die Betreiber eine Betriebsstätte in Rheine haben. Frau Floyd-Wenke weist in diesem Zusammenhang auf den Erlass des Finanzministeriums vom 20.06.1996 hin. Sie habe umfangreiches Material zusammengestellt, welches sie den Fraktionen bei Informationsbedarf sehr gerne zur Verfügung stelle. Frau Floyd-Wenke merkt an, dass, selbst wenn die gerade genannten Firmen nicht geprüft werden würden, immer noch 29 Betriebe, die 7 Mio. € Gewerbesteuer zahlen, geprüft werden könnten. Ein städtischer Betriebsprüfer könne bis zu 25 Prüfungen pro Jahr durchführen. Wenn man von einer geringen Erfolgsquote von 5 % bei 7 Mio. € ausgehe, hätte die Stadt Rheine immerhin schon Mehreinnahmen von 350.000 €. Damit seien schon weit mehr als die Personalkosten gedeckt. Frau Floyd-Wenke kritisiert die Ablehnung des Antrages insbesondere im Hinblick auf die Begründung, dass erst eine Kommune in vergleichbarer Größe zu Rheine diese Möglichkeit nutze. Vergleichbar wären allenfalls Kommunen, die ebenfalls wie Rheine eine so hohe Zahl an Zerlegungsbetrieben haben. In dem Zusammenhang sei fraglich, ob die Wirtschaftsförderungsgesellschaft bei der Akquisition von Investoren auch den richtigen Blick auf die zu erwartenden Gewerbesteuererinnahmen habe.

Herr Roscher weist darauf hin, dass es in Rheine auch Betriebe gebe, die nicht von der Wirtschaftsförderung angeworben worden seien.

Herr Krümpel macht deutlich, dass sich die Verwaltung ausführlich mit dem Antrag beschäftigt habe. Gewerbesteuerprüfer gebe es in Städten wie Duisburg, Köln, Frankfurt und München und aus bestimmten Gründen, die in der Vorlage dargelegt wurden, nicht in vergleichbaren Städten wie Arnsberg und Bocholt. Ein Gewerbesteuerprüfer lohne sich für Rheine nicht.

Frau Floyd-Wenke zieht den Antrag der Fraktion DIE LINKE über die Ausweitung des Stellenplans um 1,5 Stellen für kommunale Gewerbesteuerprüfer zurück.

**12. Beratung Stellenplan 2016, Fachbereich 4 - Finanzen, Wohn- und Grundstücksmanagement
Vorlage: 364/15**

1:05:14

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine,

1. den der Vorlage als Anlage beigefügten Stellenplan des Fachbereiches 4 – Finanzen, Wohn- und Grundstücksmanagement in den endgültigen Gesamtstellenplan der Stadt Rheine für das Jahr 2016 zu übernehmen.

2. die nachstehenden befristeten Arbeitsverhältnisse des Fachbereiches 4 – Finanzen, Wohn- und Grundstücksmanagement,

Lfd. Nr.	Kurzbezeichnung der Stelle	Stellenanteil / Wert	befristet in Monate
1	Sachbearbeitung Wohngeld	1,0 / EG 8	24
	Summe	1,0 / EG 8	24

die nicht Bestandteil des Stellenplanes sind, zur Kenntnis zu nehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**13. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2016 - 2019, Fachbereich 4 - Finanzen, Wohn- und Grundstücksmanagement
Vorlage: 363/15**

1:05:31

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Fachbereichs 4 – Finanzen, Wohn- und Grundstücksmanagement unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**14. Berichtswesen 2015, Stichtag 31. Oktober 2015, Fachbereich 7 - Interner Service
Vorlage: 456/15**

1:05:54

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Fachbereich 7 – Interner Service mit dem Stand der Daten zum 31. Oktober 2015 zur Kenntnis.

**15. Beratung Stellenplan 2016, Fachbereich 7 - Interner Service
Vorlage: 447/15**

1:06:15

Herr Roscher fragt an, ob es richtig sei, dass im Hinblick auf die Stellenreduzierung aufgrund eines kw-Vermerkes aus 2014 und der jetzigen Stellenausweitung der Fachbereichsleiterstelle SB 0 und FB 7 bei den finanziellen Auswirkungen ein „Nein“ angekreuzt worden sei.

Herr Wullkotte informiert, dass bei allen Stellenplanvorlagen bei den finanziellen Auswirkungen „Nein“ angekreuzt sei, weil eine Stelle allein noch keine Personalaufwendungen verursache. Die Personalaufwendungen seien bei den jeweils nächsten Vorlagen zu den Haushaltsplanberatungen enthalten.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, den der Vorlage als Anlage beigefügten Stellenplan des Fachbereiches 7 – Interner Service in den endgültigen Gesamtstellenplan der Stadt Rheine für das Jahr 2016 zu übernehmen.

**16. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2016 - 2019,
Fachbereich 7 - Interner Service
Vorlage: 332/15**

1:10:44

Herr Dr. Konietzko bezieht sich auf das Förderprojekt „Masterplan 100 % Klimaschutz“. Er macht deutlich, dass die Stadt Rheine ein Gesamtkonzept und einen Prozessplan benötige, um Klimaschutz richtig durchzuführen. Wenn ein Fuhrpark angelegt werden solle, müssen vorher Daten zusammengestellt werden, wie z. B:

Wann laufen die Fahrzeuge aus?

Wann ist ein Ersatz geplant?

Wie sehen die CO₂-Werte der Fahrzeuge aus?

Ist Strom das richtige Mittel?

Woher kommt der Strom?

Herr Dr. Konietzko bezieht sich auf die Anschaffung der E-Bikes und fragt an, wofür diese angeschafft werden. Er gehe davon aus, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung fit seien und auch normale Fahrräder fahren könnten.

Herr Dr. Lüttmann teilt mit, dass hinter dem Thema E-Mobilität ein Förderprogramm des Bundes stecke. Wenn man dieses Förderprogramm in Anspruch nehme und den städtischen Fuhrpark zur Hälfte mit E-Mobilen ausstatte, werden die Fahrzeuge zur Hälfte bezuschusst. Die Fahrzeuge müssen dazu in das Eigentum der Stadt übergehen. Herr Dr. Lüttmann hält fest, dass man als Klimaschutzkommune durchaus mit einem guten Beispiel vorangehen könne. Die Leasingrate, die man derzeit bezahle, sei gleich hoch, wie die Abschreibungsraten nach einem Kauf. Unterm Strich würde es folglich keine Mehrkosten für die Stadt geben.

Herr Dr. Lüttmann macht deutlich, dass man mit E-Bikes schneller unterwegs sei als mit normalen Fahrrädern. Man könne sich damit die eine oder andere Fahrt mit einem Auto sparen.

Herr Grimberg teilt mit, dass die Stadt Rheine insgesamt 7 Fahrzeuge im Fuhrpark habe. Man könne nicht alle Fahrzeuge auf E-Mobilität umstellen, da die Reichweite der Fahrzeuge sehr eingeschränkt sei. Die Fahrzeuge haben heute eine durchschnittliche Laufleistung von 20.000 km, später aber vielleicht nur noch eine Reichweite von 7.000 - 8.000 km im Jahr. Die anderen Fahrzeuge werden daher auf langen Strecken stärker frequentiert. Dies sei sehr wohl abgewogen worden.

Herr Dr. Konietzko bemängelt das generelle Problem, dass es ein Förderprojekt gebe und man sich dem Förderprojekt anpasse.

Herr Dr. Lüttmann stellt klar, dass ein Konzept dahinterstehe.

Herr Roscher teilt mit, dass im Vorfeld ein Gesamtkonzept erstellt worden sei. Im Vordergrund stand bisher immer die energetische Sanierung von Gebäuden, weil dort deutlich höhere Klimaschutzeffekte zu erzielen seien, als im Straßenverkehr. Dennoch wurde von Anfang an darauf hingewiesen, dass die Stadt und ihre Töchter sich auch bei der Mobilitätsfrage klimaorientiert verhalten sollen. E-Fahrzeuge seien in dem Hinblick ebenfalls thematisiert worden.

Herr Ortel macht deutlich, dass es hier nicht um ein für oder gegen Klimaschutz gehe. Man müsse sich die Frage stellen, ob man auf dem Weg zur Klimakommune jeden technischen Entwicklungsschritt mitgehen müsse.

Herr Brauer weist darauf hin, dass sich der Klimaschutzrat regelmäßig treffe. Es wäre angebracht gewesen, dort eine solche Diskussion zu führen.

Herr Bonk gibt zu bedenken, dass es Fördermittel von 50 % gebe und die Stadt Rheine somit immer noch 80.000 € investieren müsse. Er bittet um eine Aufstellung über die Struktur des Fuhrparks, um abwägen zu können, welche Vorteile es gebe, wenn man auf E-Mobilität umsteige.

Herr Ortel macht deutlich, dass der wesentliche Teil der Klimaschutzratsitzungen aus sehr ausführlichen und anschaulichen Präsentationen bestehe. Die Sitzungen seien nicht auf Diskurs angelegt.

Herr Cosse weist darauf hin, dass ohnehin Fahrzeuge angeschafft werden müssen. Dann könne man sinnvollerweise E-Fahrzeuge anschaffen, die bezuschusst werden.

Herr Dr. Lüttmann weist ausdrücklich darauf hin, dass die Anschaffung von E-Fahrzeugen gegenüber den bisherigen Leasingfahrzeugen ergebnisneutral sei. Herr Dr. Lüttmann sichert zu, der Niederschrift eine Aufstellung beizufügen (siehe Anlage zur Niederschrift).

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Fachbereichs 7 – Interner Service unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**17. Berichtswesen 2015, Stichtag 31. Oktober 2015, Sonderbereich 0 - Politische Gremien und Verwaltungsführung
Vorlage: 335/15**

1:29:12

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Sonderbereich 0 – Politische Gremien und Verwaltungsführung mit dem Stand der Daten zum 31. Oktober 2015 zur Kenntnis.

**18. Beratung Stellenplan 2016, Sonderbereich 0 - Politische Gremien und Verwaltungsführung
Vorlage: 446/15**

1:29:56

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Rheine, den der Vorlage als Anlage beigefügten Stellenplan des Sonderbereiches 0 – Politische Gremien und Verwaltungsführung in den endgültigen Gesamtstellenplan der Stadt Rheine für das Jahr 2016 zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**19. Beratung Ergebnis- und Investitionsplan 2016 - 2019, Sonderbereich 0 - Politische Gremien und Verwaltungsführung
Vorlage: 002/15**

1:30:23

Herr Hachmann und Herr Reiske sprechen sich gegen eine Auszahlung der nicht verausgabten Mittel an den Verkehrsverein aus und wünschen, dass die Mittel dem Haushalt der Stadt Rheine zugutekommen.

Es folgt eine kontroverse Diskussion. Letztlich wird der Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung gebracht.

Beschluss:

1. Der Zuschuss an den Verkehrsverein Rheine e. V. wird für das Jahr 2016 nicht erhöht. Die Verwaltung wird beauftragt, die Zuschussstruktur an den Verkehrsverein Rheine e. V. zu überprüfen und einen Vorschlag für das Haushaltsjahr 2017 f. zu unterbreiten.
2. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, das Budget des Sonderbereichs 0 – Politische Gremien und Verwaltungsführung unter Berücksichtigung der beschlossenen Änderungen in den endgültigen Ergebnis- und Investitionsplan zu übernehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Enthaltung

Herr Roscher teilt mit, dass die SPD-Fraktion einem Beschluss zur Auszahlung der nicht verausgabten Mittel an den Verkehrsverein zugestimmt hätte.

**20. Berichtswesen 2015, Stichtag 31. Oktober 2015, Sonderbereich 9 - Zentrale Finanzwirtschaft
Vorlage: 440/15**

1:42:43

Herr Krümpel weist darauf hin, dass es im Sonderbereich 9, im Bereich der Hundesteuer, Mehrerträge von 50 TEUR gegeben habe. Seit der Bekanntgabe der Hundebestandsaufnahme im November letzten Jahres gab es 1.046 Hunde-Neuanmeldungen. Im gleichen Zeitraum seien aber auch 440 Hunde abgemeldet worden. Nach heutigem Stand seien 5.409 Hunde angemeldet. Insgesamt war die Hundebestandsaufnahme erfolgreich und ohne größere Probleme durchgelaufen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt den unterjährigen Bericht für den Sonderbereich 9 – Zentrale Finanzleistungen – mit dem Stand der Daten zum 31. Oktober 2015 zur Kenntnis.

21. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss

21.1. Antrag des Stadtteilbeirates Bentlage/Wadelheim/Wietesch/Schleupe auf Ausbau der Straßen In der Bannewiese/Friedensplatz/Heinrichstraße/Veitstraße

1:43:56

Herr Dr. Lüttmann informiert über folgenden Antrag des Stadtteilbeirates Bentlage/Wadelheim/Wietesch/Schleupe:

Antrag: Ausbau der Straßen „In der Bannewiese“/Friedensplatz/Heinrichstr./Veitstr. (Friedenstr. – Heinr.str.)

Sehr geehrter Herr Dr. Lüttmann,

in seiner Sitzung vom 11.11.2015 hat der Stadtteilbeirat einstimmig beschlossen, die Interessen der Anwohner besagter Straßen zu unterstützen.

Aus diesem Grund bitten wir darum, die in dieser Sitzung von diversen Bürgern vorgebrachten Bedenken/Einwände bei der Planung des Ausbaus zu berücksichtigen.

Im Folgenden die Aufzählung der vorgebrachten Bedenken/Einwände und ihre Argumente:

- Planung der derzeitigen Verteilung der Kosten auf alle Anwohner gesamt wird mit Skepsis betrachtet

Argument: Aufgrund der unterschiedlichen Vorstellungen der Anwohner der jeweiligen Straßenzüge zur Wiederherstellung (z.B. Bannewiese = Kopfsteinpflaster) entstehen unterschiedlich hohe Kosten, die ungerechtfertigterweise dann von allen mitgetragen werden müssen.

- beim Ausbau keinerlei Änderung der Straßen, Bürgersteige, Straßenbeleuchtung nötig

Argument: Da es sich bei den Straßenzügen, der Meinung der Mehrheit nach, nicht um stark frequentierte Bereiche handelt und die Straßenbeleuchtung und Bürgersteige derzeit ausreichend und in guter Beschaffenheit vorhanden sind, sei ein Gefahrenpotential durch diese dahingestellt. Außerdem ist zu bedenken, dass es sich bei den genannten Straßen nicht um wirkliche Durchgangsstraßen handelt, sondern doch eher mit Anliegerstraßen vergleichbar wären.

- ausschließliche Kanalerneuerung und damit einhergehende Belagserneuerung
- Argument: Aufgrund der durch die Stadt zur Verfügung gestellten Informationen zur Notwendigkeit der Kanalerneuerung, sind die Anwohner grundsätzlich an einer Beteiligung der dadurch entstehenden Kosten bereit. Allerdings nicht an den zusätzlichen Kosten, die durch eine Komplettsanierung aller Beläge (Bürgersteig, Straße) und Straßenbeleuchtungen entstehen würden.

Wir geben zu Bedenken, dass es in der Stadt Rheine ganz sicher schlechtere Straßenzustände gibt. Hier jedoch eine Sanierung nicht vorgenommen wird oder nur als Teilsanierung erfolgt.

Es erweckt den Anschein, dass bei notwendigen Erneuerungen (wie z.B. Kanalerneuerungen) mit der Möglichkeit der Beteiligung durch Anwohner, schneller und kompromissloser eine Planung und Durchführung der Maßnahmen erfolgt.

Für weitere Gespräche mit Ihnen und den Fachausschüssen, stehen wir und die Anwohner, jederzeit gern zur Verfügung und würden eine, für beide Seiten annehmbare, Lösung begrüßen.

Die Ausschusssmitglieder sind mit der Empfehlung des Bürgermeisters, den Antrag an den Bauausschuss zu verweisen, einverstanden.

22. Einwohnerfragestunde

1:44:39

Herr Frank Hemelt, Sacharowstraße 3, 48432 Rheine, fragt an, bei welchen zuständigen Personen das Grünflächenkataster der Stadt Rheine eingesehen werden könne.

Herr Hemelt bezieht sich auf das Auswahlverfahren der Beigeordnetenstelle. Er möchte wissen, wer sich bislang auf die Stelle des Sozialdezernenten beworben habe.

Herr Hemelt bezieht sich auf die Rede zur Prinzenproklamation am vergangenen Samstag und möchte wissen, warum Herr Dr. Lüttmann seine Rede nicht auch mit deutschem Liedgut angereichert habe.

Herr Dr. Lüttmann sagt eine schriftliche Antwort zu.

23. Anfragen und Anregungen

23.1. Breitbandausbau, Anfrage von Herrn Weßling

1:47:00

Herr Weßling teilt mit, dass das Land Nordrhein-Westfalen den Kommunen für den Breitbandausbau Gelder zur Verfügung stelle. Es gebe in Rheine immer noch Stadtteile, in denen die Breitbandversorgung nicht ausreichend sei.

Herr Weßling bittet die Verwaltung, beim Land Nordrhein-Westfalen anzufragen, ob für Rheine eine Förderung möglich sei.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 18:50 Uhr

Dr. Peter Lüttmann
Bürgermeister

Julia Seebeck
Schriftführerin